

**FINANZ
WENDE** e.V.

JAHRESBERICHT

20
25



**Klingbeil:
cumcum-
Milliarden
retten!**

**FINANZ
WENDE** e.V.

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE VON FINANZWENDE,

2025 ist etwas Seltenes passiert: Ein Finanzminister hat einen Fehler korrigiert. Und das, obwohl seine Partei im Jahr zuvor an dem Fehler selbst beteiligt war. Für den Anstoß zu dieser Korrektur dankte er darüber hinaus sowohl Finanzwende wie der demokratischen Opposition im Deutschen Bundestag. Schade, dass das so ungewöhnlich ist. Denn so stellen wir uns bei Finanzwende Politik vor: **Faktenbasiert, überparteilich, auf die Lösung von Problemen fokussiert.**

Deswegen war für uns die Rücknahme des Schreddergesetzes durch Finanzminister Lars Klingbeil **das Highlight** des Jahres 2025 (siehe Seite 8). Die drohende Vernichtung von potentiellen Beweismitteln für CumEx oder CumCum wurde durch massiven öffentlichen Druck verhindert.

Durch die (Wieder-)Verlängerung der Aufbewahrungsfristen kommt aber noch kein Cent in die Kasse. Sie verschafft den Behörden nur etwas mehr Zeit. Deswegen geht unsere Kampagne **„Zeit ist noch kein Steuergeld“** weiter. Finanzminister Klingbeil wird sich nun daran messen lassen müssen, ob es ihm gelingt, diese Zeit sinnvoll zu nutzen. Das von ihm im Juli 2026 angekündigte gemeinsame Zentrum gegen Steuer- und Finanzkriminalität beim Zoll unter Einbindung von Polizei und Steuerfahndung muss zügig aufgesetzt werden und mit der Arbeit beginnen. Nur eine interdisziplinäre Ermittlungseinheit auf Bundesebene kann die komplexen, internationalen Strukturen der Tätergruppen endlich effektiv verfolgen.

Ein weiteres Highlight des Jahres 2025 war die Veröffentlichung von Anne Brorhilkers Buch **„CumEx, Milliarden und Moral“**. Ein gutes halbes Jahr hielt sich das Buch in der SPIEGEL Bestsellerliste – und die Veranstaltungen zum Buch füllten in der ganzen Republik große Säle. Alleine in Berlin erschienen über 800 Menschen zur Lesung.

Das Echo zeigt: Wir haben es endlich geschafft, Themen wie CumEx und CumCum ins Zentrum der öffentlichen und politischen Debatte zu stellen. Das verdanken wir auch unserer stetig wachsenden Zahl an Unterstützer*innen. Unsere Mitgliederzahl stieg 2025 um fast 6.000 – **der höchste Anstieg, den Finanzwende je in einem Jahr verzeichnen konnte.** Ende 2025 unterstützten uns 19.277 Fördermitglieder und der Trend setzt sich fort: Im Juli 2026 beträgt die Zahl unserer Fördermitglieder bereits über 23.000.

Finanzwende ist so stark und so unabhängig wie nie. Wir werden von Bürgerinnen und Bürgern finanziell wie politisch getragen – und sagen dafür einfach: DANKE.

Leider bleibt unsere Aufgabe riesig – auch das zeigen die nächsten Seiten eindrucksvoll. Ob bei verfassungswidrigen Privilegien für Milliardärsfamilien bei der Erbschaftsteuer, der Verwendung der Mittel aus einem Fonds aus der Finanzkrise oder der weiterhin viel zu großen Macht der Finanzlobby im Vergleich zur Zivilgesellschaft – unser Kampf gleicht auch heute noch oft dem von David gegen Goliath.

Um so wichtiger war es, dass wir auch 2025 eine weitere prominente Stimme bei Finanzwende willkommen heißen konnten: Kevin Kühnert. Diese Personalie hat einige überrascht. Für uns war sie ein logischer und konsequenter Schritt. Denn der Plan von Finanzwende war immer – und ist weiterhin – Menschen mit unterschiedlichen Vorgeschichten und Fähigkeiten zusammenzubringen, um eine Bürgerbewegung aufzubauen, die der Finanzlobby effektiv etwas entgegensetzen kann. Mit Kevin Kühnert sind wir auf diesem Weg einen weiteren Schritt vorangekommen. Unabhängig und überparteilich. Im Dienste des gemeinsamen Ziels: Finanzmärkte, die den Menschen dienen.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen und freuen uns, wenn Sie uns auch 2026 weiter stärken und unterstützen!

Mit engagierten Grüßen aus Berlin

Der Vorstand von Finanzwende



Gemeinsam mit

19.277 Fördermitgliedern

8.044 Spender*innen

110.092 Newsletter-Abonent*innen

113.269 Social-Media-Interessent*innen

528.984 Unterschriften von Petitionen

46 Mitarbeiter*innen und

8 Fellows

**haben wir uns 2025
der Finanzlobby entgegengestellt!**

 **KEINE** 
GESCHENKE 
FÜR BANKEN!

FINANZ
WENDE

FINANZ
WENDE

FINANZ
WENDE

FINANZ
WENDE

INHALTSVERZEICHNIS

Highlights unserer Arbeit 2025	07
• CumCum Wie wir das Schreddern verhindert haben	08
• Erbschaftsteuer 180.000 Stimmen gegen Steuerprivilegien für Milliardärsfamilien	10
• Finanzlobby Mehr Transparenz dank des Lobbyregisters	12
• Bankengeschenke Der Kampf um die Bankenmilliarden ist noch nicht entschieden	14
• Finanzialisierung Breites Bündnis gegen Finanzinvestoren, die unser Leben verteuern	16
• Greenwashing Wie unsere Analyse Greenwashing-Tricks aufgedeckt hat	18
• VBL Ein Gericht, ein Teilerfolg: Mehr Transparenz für Millionen Versicherte?	20
• Offene Immobilienfonds Wie wir den Druck auf die BaFin erhöhen konnten	22
• Sparkassen Das gute Image der Sparkassen auf dem Prüfstand	23
• CumEx Cum/Ex, Milliarden und Moral	24
Finanzwende in den Medien	26
Was Unterstützer*innen über Finanzwende sagen	28
Finanzen: Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2025	30
Ausblick: Wie es 2026 weitergeht	32
Engagement für Finanzwende	34

HIGHLIGHTS UNSERER ARBEIT

Als Gegengewicht zur Finanzlobby drängen wir auf stabile, faire und nachhaltige Finanzmärkte. Wir arbeiten an Lösungen, informieren die Öffentlichkeit und setzen uns mit Aktionen lautstark für Veränderungen ein – unabhängig, faktenbasiert und gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern. Erfahren Sie auf den folgenden Seiten, was wir im Jahr 2025 bewegt haben, um unserem Ziel näherzukommen:

Finanzmärkte, die den Menschen dienen.

WIE WIR DAS SCHREDDERN VERHINDERT HABEN

Ab Januar 2026 drohte die Vernichtung wichtiger Beweise: Gemeinsam mit mehr als 300.000 Unterstützer*innen verhinderten wir, dass Banken, Fonds und Versicherungen Buchungsunterlagen schreddern dürfen – auch solche, die ihre Verwicklung in illegale CumCum-Geschäfte belegen. So bleibt die Aufarbeitung eines Steuerskandals möglich, der den Staat geschätzt über 28 Milliarden Euro gekostet hat.

CumCum-Geschäfte gehören zu den größten Steuerskandalen in Deutschland: Seit Jahren lassen sich Finanzinstitute unrechtmäßig Steuern erstatten – auf Kosten aller Steuerzahlenden. Der geschätzte Schaden beträgt 28,5 Milliarden Euro. Bis Ende 2024 wurde davon nicht einmal 1 Prozent zurückgeholt.

Doch anstatt die Ermittlungen zu erleichtern, wurden 2024 neue Hürden geschaffen: Das sogenannte Bürokratieentlastungsgesetz IV verkürzte die Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege und Rechnungen von zehn auf acht Jahre. Was auf den ersten Blick wie eine Entschlackung der Bürokratie wirkt, erschwert in der Praxis die Aufdeckung und Ahndung schwerer Steuerdelikte wie CumCum erheblich. Ohne Belege sind Steuerrückforderungen und Anklagen kaum möglich. Die Rückforderung der illegal erbeuteten CumCum-Milliarden rückte damit in weite Ferne.

Genau hier hat sich unsere Arbeit ausgezahlt: Mit unserer Kampagne „Zeit ist Steuergeld“ konnten wir öffentlichen Druck aufbauen, um das Gesetz vor Inkrafttreten zu ändern und den befürchteten Schaden abzuwenden. Im November 2025 kippte der Bundestag die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für belastende Beweisunterlagen von Banken, Fonds und Versicherungen und damit für typische CumCum-

Akteure. Auch wenn die verkürzten Fristen nach wie vor für Unternehmen gelten, die in CumCum involviert sind, ist das ein zivilgesellschaftlicher Etappensieg bei der Aufklärung von illegalen CumCum-Geschäften. Ohne unsere Unterstützer*innen wäre das nie möglich gewesen.

Doch mehr Zeit allein reicht nicht: Wer Milliarden durch Steuertricks erbeutet, muss strafrechtlich und steuerrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Damit die CumCum-Ermittlungen vorangehen und erschlichene Steuergelder zurückgeholt werden können, braucht es gesetzliche und strukturelle Rahmenbedingungen auf Bundesebene.

Deshalb bleiben wir dran – Lars Klingbeil muss als Bundesfinanzminister dafür sorgen, dass die Bundesbetriebsprüfer*innen die Landesbehörden bei der Aufarbeitung der CumCum-Geschäfte unterstützen. Sonst drohen selbst mit längeren Fristen milliardenschwere Versäumnisse. Außerdem muss das von ihm im Juli 2026 angekündigte gemeinsame Zentrum gegen Steuer- und Finanzkriminalität beim Zoll unter Einbindung von Polizei und Steuerfahndung zügig aufgesetzt werden und mit der Arbeit beginnen. Die Rückforderung der CumCum-Milliarden ist und bleibt eine Frage der Gerechtigkeit: Es geht um Geld, das uns allen gehört – und heute an vielen Stellen fehlt.



180.000 STIMMEN GEGEN STEUERPRIVILEGIEN FÜR MILLIARDÄRSFAMILIEN

Wer in Deutschland Milliarden erbt, für den gelten oft Sonderregeln. Während Menschen mit kleineren Erbschaften Steuern zahlen, können Milliardenfamilien ihr Vermögen häufig fast steuerfrei weitergeben. Die Debatte um die Erbschaftsteuer wird lauter, der öffentliche Druck wächst – auch durch unsere Petition für eine gerechte Erbschaftsteuer und gegen Ausnahmen für Milliardär*innen, die innerhalb kürzester Zeit von über 180.000 Menschen unterzeichnet wurde.

Jährlich werden rund 400 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt. Gerade für besonders große Summen im Milliardenbereich gelten dabei steuerliche Spielregeln, die unfair, leistungsfeindlich und verfassungsrechtlich hochproblematisch sind. Grund dafür: Lobbydruck und ein damit erzwungener politischer Stillstand. Der Allgemeinheit entgehen so jedes Jahr bis zu 10 Milliarden Euro – Geld, das an anderer Stelle dringend gebraucht wird.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD sowie von den Landesregierungen, endlich eine einfache und gerechte Erbschaftsteuer umzusetzen. Alle sollen einen angemessenen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Dafür müssen große Erbschaften und Schenkungen so besteuert werden wie alle anderen. Milliardenfamilien dürfen sich nicht länger ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen. Die Zahlung der Erbschaftsteuer sollte Ehrensache sein.

2025 starteten wir gemeinsam mit taxmenow und dem Netzwerk Steuergerechtigkeit die Petition „Ehrensache Erbschaftsteuer: Keine Ausnahmen für Milliardäre“ – und sammelten in weniger als einem Monat über 180.000 Unterschriften. Diese übergaben wir im Willy-Brandt-Haus an SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf. Die Debatte um die Erbschaftsteuer ist inzwischen in der breiten Öffentlichkeit angekommen – und der Druck wächst.

Wir haben dazu beigetragen, die Mythen rund um die Erbschaftsteuer zu entlarven und echte Reformen wieder auf die Agenda zu bringen. Schluss mit Privilegien für Milliardenfamilien – damit für alle die gleichen Regeln gelten.





MEHR TRANSPARENZ DANK DES LOBBYREGISTERS

Die Finanzlobby richtet immer wieder gewaltige Schäden für Verbraucher*innen und Steuerzahlende an. Dass sie so effektiv ist, überrascht kaum: In Berlin sind viele Finanzlobbyist*innen unterwegs, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Deshalb machen wir sichtbar, was die Finanzlobby tut – und mit welchen Mitteln sie ihre Interessen durchsetzt. Dank des verbesserten Lobbyregisters konnten wir 2025 noch mehr aus dem Verborgenen ins Licht bringen.

Seit 2022 zeigt das Lobbyregister von Bundestag und Bundesregierung, wer im politischen Berlin Einfluss nimmt. 2025 werteten wir bereits zum dritten Mal die Aktivitäten der Finanzlobby aus. Das Ergebnis: Die Finanzlobby ist sehr groß und mischt an sehr vielen Stellen im politischen Berlin mit. Allein die Top-10-Akteure der Finanzlobby beschäftigen 442 Lobbyist*innen – das sind fast zehn pro Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags.

Das verbesserte Lobbyregister lieferte uns 2025 mehr Informationen zur Finanzlobby als je zuvor: zu ihren immensen Ausgaben, ihrem umfassenden Netz und dazu, wie sie Themen setzt und viele politische Prozesse gleichzeitig begleitet. Auf Basis dieser Erkenntnisse können wir die Lobby noch effektiver unter die Lupe nehmen. Das ist ein echter Fortschritt.

Viele der neuen Details im Lobbyregister sehen wir heute auch dank unserer erfolgreichen Kampagne „Finanzlobby in die Schranken weisen“ aus dem Jahr 2023. Doch es bleibt viel zu tun: Es gibt in Deutschland weiterhin keine Offenlegungspflichten für Lobbytreffen. Auch der in der letzten Legislatur eingeführte sogenannte exekutive Fußabdruck ist bisher kaum wirksam. Grund dafür ist, dass die Transparenzregeln vage sind und die Ministerien über dessen konkrete Anwendung nach eigenem Ermessen entscheiden. Eine wirklich umfassende Transparenz bleibt also aus. Wir pochen weiter auf schärfere Regeln für die Finanzlobby.

Neben unserer jährlichen Analyse des Lobbyregisters veröffentlichten wir 2025 weitere Recherchen und sezierten noch mehr Bereiche der Finanzlobby. Welche das sind, sehen Sie auf Seite 13.

Bankenlobby: Innenansicht einer Milliardenjagd

Deutsche Bank und Co. lobbyierten die Ampel-Regierung hartnäckig dafür, ihnen mehr als 2 Milliarden Euro zu schenken. Das zeigen interne Dokumente des Bundesfinanzministeriums, die Finanzwende ausgewertet hat. Unsere Recherche macht erstmals sichtbar, wie intensiv die Banken Lobbyarbeit betrieben und wie sie teils auf sehr offene Ohren stießen. Die Dokumente zeigen aber auch, dass öffentlicher Druck wirken kann. Mehr dazu auf Seite 14.

Lobbystrategien der Private-Equity-Branche

Private-Equity-Firmen sind heute in fast allen Lebensbereichen präsent – von der Mietwohnung über die Arztpraxis bis zum Fußballclub. Unsere Recherche zeigte 2025, wie diese Firmen gezielt versuchen, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Besonders brisant: Einzelne Branchenriesen betrieben Lobbyarbeit, ohne im Lobbyregister zu stehen. Und die Bundesregierung schweigt über ihre Lobbykontakte.

Interessenkonflikte und Nebentätigkeiten im neuen Finanzausschuss des Bundestags

2025 wurde ein neuer Bundestag gewählt – und der Finanzausschuss im Bundestag neu aufgestellt. Für uns war klar: Wir müssen genau hinschauen. Deshalb untersuchten wir die neuen Mitglieder und ihre Verbindungen zur Finanzbranche. Unsere Recherche zeigt eine bedenkliche Nähe zwischen einigen Abgeordneten und einzelnen Akteur*innen aus der Finanzbranche. Das kann die Unabhängigkeit politischer Entscheidungen in der neuen Legislaturperiode gefährden. Wir werden das bei kommenden Gesetzgebungsprozessen immer im Blick haben.

Ausnahme für den Finanzsektor

Der Finanzsektor ist vom europäischen Lieferkettengesetz weitgehend ausgenommen – und damit auch von Sorgfaltspflichten für Umwelt und Menschenrechte. Unsere Recherche zeigte 2025: Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis intensiver Lobbyarbeit – obwohl die Finanzlobby selbst in dieser Frage gespalten war. Vor allem der Vermögensverwalter BlackRock und andere einflussreiche Lobbygruppen wirkten auf diese Ausnahme hin.



DER KAMPF UM DIE BANKENMILLIARDEN IST NOCH NICHT ENTSCHIEDEN

Mehr als 2 Milliarden Euro lagen Ende 2025 ungenutzt in einem alten Rettungsfonds aus der Finanzkrise. Ursprünglich sollte mit diesem Geld die Rettung von Banken mitfinanziert werden. Inzwischen gibt es für diesen Zweck eine europäische Alternative. Wir sagen: Das Geld sollte an die Steuerzahlenden gehen, die heute immer noch Bankenrettungen abbezahlen. Banken sagen: Gebt uns die Milliarden. Das konnten wir bisher verhindern.

Nach der Finanzkrise 2007/2008 war klar: Banken sollen künftig für Bankenrettungen mit aufkommen. Dafür wurde der sogenannte Restrukturierungsfonds geschaffen, in dem Ende 2025 mehr als 2 Milliarden Euro lagen. Da der Fonds von einem EU-Topf abgelöst wurde, liegen die Mittel nun ungenutzt herum. Die Banken beanspruchen das Geld für sich – obwohl wir alle immer noch rund 21 Milliarden Euro Schulden aus früheren Bankenrettungen tilgen müssen.

Für die über 2 Milliarden Euro kämpften die Banken mit harten Bandagen, wie unsere Recherchen zeigen: mit Auftragsstudien, Klagedrohungen und immer neuen Vorschlägen, welche die nötige Neuregelung der Mittelverwendung verzögerten. Interne Unterlagen aus dem Bundesfinanzministerium belegen diesen massiven Lobbydruck. Ein von einigen Banken angestrebtes Gerichtsurteil hat die Lage 2025 weiter verschärft: Weil die Politik zu lange gezögert hat, könnten über eine Milliarde Euro an Großbanken fließen. Noch ist das

Urteil nicht rechtskräftig und die Finanzaufsicht BaFin ist in Berufung gegangen – aber es zeigt, wie teuer politisches Zögern sein kann.

Für uns ist klar: Wer Schäden verursacht, muss dafür aufkommen. Die Bundesregierung darf die Milliarden nicht den Banken schenken. Die Lösung liegt auf dem Tisch: Die Mittel sollten in die Schuldentilgung fließen. Ein Gesetz dafür ist schon fertig und wurde nur durch das verfrühte Regierungs-Aus der Ampelkoalition 2024 nicht mehr beschlossen. Noch kann die Bundesregierung die Milliarden retten.

Unsere Botschaft ist eindeutig: keine Geschenke für Banken! Und unser Einsatz wirkt: Ohne öffentlichen Druck wären die Milliarden wohl längst an die Banken verteilt worden. Der Lobbykampf ist noch nicht entschieden. Deshalb bleiben wir dran und fordern: Die Bundesregierung muss jetzt handeln, klare Regeln schaffen und das Geld im Sinne der Bürger*innen einsetzen!



BREITES BÜNDNIS GEGEN FINANZINVESTOREN, DIE UNSER LEBEN VERTEUERN

Wenn Finanzinvestoren lebenswichtige Bereiche aufkaufen, spüren viele Menschen die Folgen direkt: Mieten steigen, Pacht und Pflegeplätze werden unbezahlbar. Gleichzeitig machen Finanzinvestoren damit oft Milliardenprofite. Gemeinsam mit einem breiten Bündnis haben wir 2025 dagegen protestiert – und dafür gesorgt, dass die Praktiken der Finanzinvestoren und ihre Folgen nicht unter dem Radar bleiben.

Finanzinvestoren und Vermögensverwalter wie Blackstone, KKR oder Carlyle verwalten Billionenbeträge – und kaufen damit längst nicht nur Start-ups oder börsennotierte Unternehmen. Sie kaufen sich systematisch in Bereiche ein, die für unser tägliches Leben existenziell sind: Wohnungen, Pflegeheime, Arztpraxen oder Agrarbetriebe.

Das ist ein Problem: Die Aufkäufe der Finanzinvestoren dienen meist nicht dazu, gute Pflege, bezahlbares Wohnen oder gesunde Ernährung zu sichern. Sie folgen einem anderen Kalkül: möglichst hohe Renditen in möglichst kurzer Zeit. Oft geht es um Renditen von rund 20 Prozent. In Pflegeheimen bedeutet das: Jede eingesparte Pflegekraft erhöht den Gewinn. In Mietwohnungen wird Instandhaltung zur lästigen Kostenstelle. In der Landwirtschaft steht Profit vor Nachhaltigkeit.

Diese Finanzinvestoren sind eine echte Milliardärsmaschine geworden: Sie bringen sogar mehr Milliardär*innen hervor als die

Bankenbranche. Diese Milliardär*innen, ihre Finanzunternehmen und deren Geschäftspraktiken sind schwer greifbar und weithin unbekannt. Das muss sich ändern.

In Berlin trifft sich jedes Jahr die Elite der internationalen Finanzunternehmen bei der Konferenz „SuperReturn International“ (deutsch: SuperRendite). Um auf den Einfluss von Finanzinvestoren in der Daseinsvorsorge aufmerksam zu machen, protestierten wir 2025 mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis vor der Konferenz. Zusammen mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und dem Deutschen Mieterbund (DMB) machten wir klar: Unser Leben, ihr Profit – nicht mit uns!

Nicht zuletzt wegen unserer Protestaktionen sind die SuperReturn-Konferenz und die Praktiken der Finanzinvestoren stärker ins öffentliche Bewusstsein getreten. Wir bleiben dran – Private-Equity-Finanzinvestoren müssen raus aus der Daseinsvorsorge! Den Preis zahlen wir sonst alle.





WIE UNSERE ANALYSE GREENWASHING-TRICKS AUFGEDECKT HAT

Viele Anleger*innen möchten ihr Geld nachhaltig investieren und wünschen sich Produkte, die Klima- und Umweltschutz berücksichtigen. Da liegen Fonds nahe, die im Namen Begriffe wie „nachhaltig“, „green“ oder „Impact“ tragen. Das Problem: Viele dieser Fonds investieren in Kohle, Öl oder Gas – und heizen die Klimakrise damit weiter an. 2025 nahmen wir solche Fonds genauer unter die Lupe und konnten faule Tricks offenlegen.

Die europäische Finanzaufsicht ESMA verabschiedete 2024 neue Vorgaben, die den Gebrauch von Nachhaltigkeitsbegriffen in Fondsamen strenger regeln. Das Ziel: Fonds, die Nachhaltigkeitsbegriffe im Namen tragen, müssen Investitionen in viele Kohle-, Öl- und Gasunternehmen ausschließen. Für Verbraucher*innen, die ihr Geld nachhaltig anlegen möchten, ist das ein wichtiger Schritt.

Doch viele Anbieter veräußerten nicht die fossilen Investments, sondern änderten nur die Namen ihrer Fonds. Das zeigte 2025 eine gemeinsame Analyse von Finanzwende, urgewald und Facing Finance: 674 von 4.043 betroffenen Fonds wurden so umbenannt, dass weiterhin Investitionen in die fossile Industrie möglich sind. Dazu strichen die Anbieter Nachhaltigkeitsbegriffe ganz aus dem Namen oder ersetzten sie durch nicht regulierte Wörter wie „screened“, „selection“ oder „committed“.

Mit unserer Analyse nahmen wir diese Umbenennungen unter die Lupe, legten die Tricks der Fondsanbieter offen und zeigten: Die neuen ESMA-Regeln reichen noch nicht aus. Jetzt muss die Aufsicht aktiv werden. Auch die für Deutschland zuständige Finanzaufsicht BaFin hat dafür starke Instrumente. Sie kann irreführende Produkte stoppen, Nachhaltigkeitsversprechen prüfen und Verstöße sanktionieren.

Greenwashing bei nachhaltigen Geldanlagen zerstört das Vertrauen der Anleger*innen und treibt die Klimakrise voran. Wir setzen uns weiter für eine starke Aufsicht ein, die Greenwashing einen Riegel vorschiebt und konsequent durchgreift – damit nur die Produkte als grün oder nachhaltig vertrieben werden, die halten, was sie versprechen.



EIN GERICHT, EIN TEILERFOLG: MEHR TRANSPARENZ FÜR MILLIONEN VERSICHERTE?

Wer im öffentlichen Dienst angestellt ist, bekommt in der Regel eine Betriebsrente. Das betrifft circa fünf Millionen Menschen in Deutschland – darunter Forscher*innen, Verwaltungskräfte und Erzieher*innen. Doch die Versicherten konnten bisher nicht erfahren, wie und wo ihr Geld angelegt wird. Damit sich das ändert, unterstützten wir eine Klage von FragDenStaat, die 2025 einen Teilerfolg vor Gericht erzielen konnte. Wir setzen uns weiter für mehr Transparenz ein.

Verwaltet werden diese Betriebsrenten von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, kurz VBL. Welche Unternehmen und Branchen konkret im Portfolio der VBL stecken und ob diese Anlagen mit Klimazielen und Menschenrechten vereinbar sind, blieb bislang im Dunkeln. Und das, obwohl die VBL rund 65 Milliarden Euro im öffentlichen Auftrag verwaltet.

Die VBL trägt als Anstalt des öffentlichen Rechts eine besondere Verantwortung. Ihre Versicherten müssen erfahren können, wie und wo ihre Beiträge angelegt werden. Dazu gehört auch die Frage, ob ihr Geld in fossile Konzerne fließt und so die Klimakrise weiter anheizt. Rentengelder dürfen keine Geschäftsmodelle stützen, die eine lebenswerte Zukunft gefährden. Wer im öffentlichen Auftrag Milliarden verwaltet, muss Rechenschaft ablegen.

Dass mehr Transparenz möglich ist, zeigen andere Beispiele längst: Bei vielen Vorsorgeverträgen gibt es schon heute Auskunftsrechte zu ethischen, sozialen und ökologischen Belangen. Der norwegische Pensionsfonds macht sogar jedes Einzelinvestment einsehbar. Auch die VBL muss endlich Transparenz herstellen und ihrer Verantwortung gerecht werden.

Deshalb unterstützten wir die Transparenzklage von FragDenStaat gegen die VBL. Im Sommer 2025 protestierten wir vor dem Verwaltungsgericht in Karlsruhe. Das Gericht gab uns im Kern Recht: Die VBL darf Informationen darüber, wie sie das Geld von Millionen Pflichtversicherten investiert, nicht pauschal verweigern. Das ist ein wichtiger Erfolg.

Doch das Urteil hat einen Haken: Es legt die Informationspflicht gefährlich eng aus. Im schlimmsten Fall werden nur wenige relevante Informationen öffentlich. Deshalb bleiben wir dran und unterstützen die Berufung. Unser Ziel ist volle Transparenz über die Kapitalanlagen der VBL – im Interesse der Versicherten, des Klimas und des Gemeinwohls.





WIE WIR DEN DRUCK AUF DIE BAFIN ERHÖHEN KONNTEN

Eine solide Anlage mit attraktiven Renditen: So wurden offene Immobilienfonds jahrelang beworben. Gerade für Menschen, die sicher fürs Alter vorsorgen wollten, klang das verlässlich. Dann zeigte sich: Diese Fonds können schlagartig hohe Verluste bringen. Wir haben diese Missstände 2025 öffentlich gemacht und Anleger*innen über die Risiken informiert.

Offene Immobilienfonds sind seit 2024 massiv unter Druck geraten. Damals verloren einzelne Fonds drastisch an Wert, zum Beispiel der Unilmmo: Wohnen ZBL. Hintergrund waren die gestiegenen Zinsen sowie neue Trends wie Homeoffice und Onlineshopping. Dennoch wiesen viele dieser Fonds in den offiziellen Produktinformationen niedrige oder sehr niedrige Risikokennzahlen aus. Interessierten Anleger*innen vermittelte das Sicherheit, obwohl erhebliche Risiken bestanden.

Offene Immobilienfonds funktionieren anders als Aktienfonds. Ihr Wert beruht nicht auf aktuellen Marktpreisen, sondern wesentlich auf Schätzpreisen, die zudem nur zeitverzögert angepasst werden. Aufgrund dieser Risikobewertung wirken offene Immobilienfonds auf dem Papier oft stabiler, als sie tatsächlich sind. Für Anleger*innen entsteht eine gefährliche Sicherheitsillusion.

Hinzu kommt ein weiterer Missstand: Viele Kund*innen wurden so beraten, dass sie Fondsanteile in der Bankfiliale teurer kauften als nötig. Denn die Anteile waren an der Börse oft deutlich günstiger zu haben. Allein zwischen Oktober 2021 und März 2024 summierte sich dieser Nachteil auf geschätzte 1,2 Milliarden Euro.

2025 machten wir diese Missstände öffentlich. Mit einem Gutachten von Stefan Loipfinger belegten wir, wie systematisch Risiken kleingerechnet und Kund*innen benachteiligt werden. Die starke Resonanz in den Medien zeigt: Wir haben das Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Jetzt müssen Konsequenzen folgen. Mittlerweile setzt sich auch die Finanzaufsicht BaFin dafür ein, die umstrittene Risikoeinstufung offener Immobilienfonds zu überarbeiten. Fonds dürfen nicht länger mit einem Sicherheitsversprechen verkauft werden, das im Ernstfall nicht hält. Wo sicher draufsteht, muss auch sicher drin sein.



DAS GUTE IMAGE DER SPARKASSEN AUF DEM PRÜFSTAND

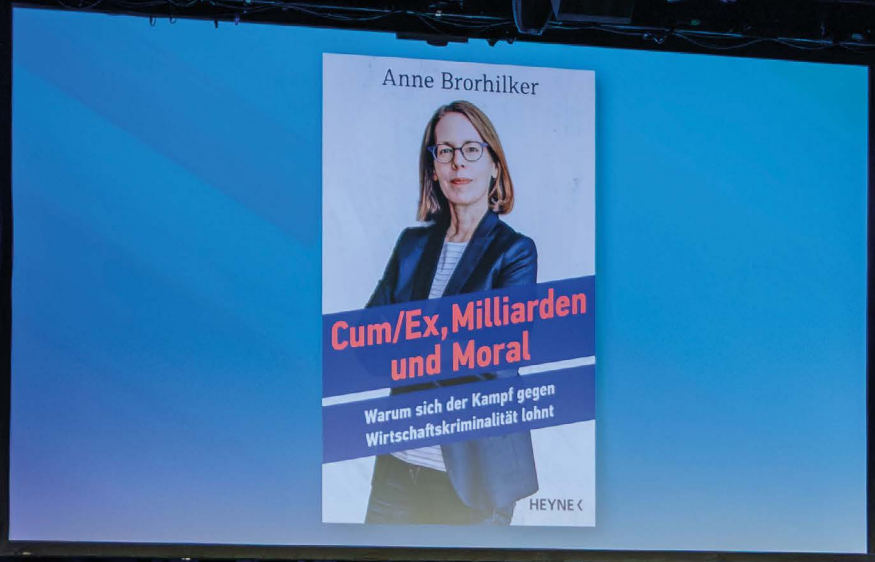
Sparkassen gelten für viele Menschen als die „guten“ Banken: nahbar, regional verwurzelt und engagiert vor Ort. Im Vergleich zu Privatbanken genießen sie ein verbraucherfreundliches Image. Doch 2025 haben wir genauer hingeschaut – und festgestellt: Hinter dem guten Ruf steht es oft schlecht um den Verbraucherschutz. Deshalb machen wir Druck: Das gute Image der Sparkassen darf keine Fassade bleiben.

Sparkassen halten sich in ihrer Selbstdarstellung allerhand zugute auf ihren öffentlichen Auftrag, ihre Rolle in der Region und auch darauf, dass sie auf maximales Gewinnstreben verzichten. Schaut man genauer hin, zeigt sich jedoch oft ein anderes Bild. Häufig zeigen Sparkassen kundenschädliches Verhalten: etwa durch einseitige Zinspolitik, unzulässige Klauseln, unverständliche Vertragsbedingungen oder verlustreiche Produkte. Ihrer Gemeinwohlorientierung werden sie damit nicht gerecht.

In aller Regel sind Sparkassen Anstalten öffentlichen Rechts. Anders als privatwirtschaftliche Banken sind sie durch ihren gesetzlichen Auftrag dem Gemeinwohl verpflichtet. Doch zu oft ist das Handeln der Sparkassen am maximalen Gewinnstreben orientiert und nicht am Gemeinwohl. Dann bleibt vom öffentlichen Auftrag in der Praxis nicht viel übrig.

2025 klärten wir dort auf, wo das positive Image der Sparkassen allzu oft den kritischen Blick verstellt. Mit einer Recherche von Prof. Dr. Hartmut Walz legten wir offen, wie groß die Lücke zwischen dem verbraucherfreundlichen Anspruch der Sparkassen und ihrer tatsächlichen Praxis ist. Leider sind viele der aufgezeigten Defizite keine Einzelfälle, sondern systematische Mängel im Verbraucherschutz der Sparkassen.

Mit der Veröffentlichung der Recherche informierten wir Verbraucher*innen und erhöhten den Druck auf die Verantwortlichen. Die Sparkassen müssen sich wieder auf das besinnen, womit sie auch selbst werben: die Umsetzung ihres öffentlichen Auftrags sowie den Verzicht auf maximales Gewinnstreben. Wir arbeiten daran, dass Sparkassen ihrem eigenen Anspruch gerecht werden!



Urania
Berlin

Urania
Berlin



CUM/EX, MILLIARDEN UND MORAL

Anne Brorhilker steht wie kaum eine andere für den entschlossenen Kampf gegen Finanzkriminalität. Über zwei Jahrzehnte arbeitete sie als Staatsanwältin, zuletzt als leitende Ermittlerin in den Cum/Ex-Verfahren der Staatsanwaltschaft Köln. Heute bringt sie diese Erfahrung als Vorständin bei Finanzwende ein. Sie hat den sicheren Weg verlassen, um den notwendigen zu gehen – weil echte Veränderung nicht nur in Behörden entsteht, sondern auch und vor allem durch eine starke und informierte Zivilgesellschaft.

In ihrem Buch **„Cum/Ex, Milliarden und Moral“** macht sie verständlich, was viele bewusst kompliziert wirken lassen: Wie Banken, Berater*innen und Investor*innen den Staat um Milliarden brachten. Wie Verantwortung verschleppt wurde. Und warum wir alle die Folgen tragen – weil Geld fehlt für Schulen, Pflege oder Infrastruktur.

Das Buch ist mehr als die Analyse des wohl größten Steuerskandals unserer Zeit. Es ist ein Aufruf, sich einzumischen. Anne Brorhilker zeigt, dass der Staat sich wehren kann – wenn Bürgerinnen und Bürger Druck machen. Sie zeigt, dass Gerechtigkeit dort beginnt, wo die Privilegien Weniger enden. Und dass Finanzkriminalität keine abstrakte Randnotiz ist, sondern eine Kernfrage von Demokratie und Gemeinwohl.

Wer dieses Buch liest, versteht nicht nur einen Skandal besser – sondern auch, warum Finanzwende nötig ist. Und wer es kauft, unterstützt uns: Pro verkauftem Exemplar geht 1 Euro an die Bürgerbewegung Finanzwende e. V.



Jetzt
kaufen



FINANZWENDE IN DEN MEDIEN

WirtschaftsWoche 100
EX-POLITIKER HIRTE, SCHICK, WALTER-BORJANS

Hier kann der nächste Finanzminister Milliarden holen

Frankfurter Rundschau

Ex-Oberstaatsanwältin kritisiert Finanz-Elite: Ganze Branche, die sich „an unseren Steuergeldern vergreift“

Süddeutsche Zeitung

Sie zahlen Steuern? Lesen Sie diesen Text

SWR
Einsatz für fair gestaltete Finanzmärkte

Anne Brorhilker: Steuerklau erschüttert Vertrauen in den Staat

WirtschaftsWoche 100
STEUERBETRUG

Warum wir bei Steuerbetrug über prominente Einzelfälle hinausblicken müssen

Hoeneß oder Middelhoff werden häufig als Beispiele für Steuerverbrechen herangezogen. Doch für eine konsequente Verfolgung ist das der falsche Fokus. Eine Kolumne.

KOMMENTAR von Anne Brorhilker
29.12.2025 - 08:51 Uhr

DIE ZEIT
Z+ Alles gesagt? / Interviewpodcast

Anne Brorhilker, wie funktioniert Cum-Ex?

▶ 6 Std. 10 Min.

LdN428
24. April 2025

Cum-Ex & Co: Wie der Staat durch Steuerbetrug Milliarden verliert – und warum er sich das gefallen lässt (Interview Anne Brorhilker, Bürgerbewegung Finanzwende)

▶ 1:24:36

Legal Tribune Online
Rezension "Cum/Ex, Milliarden und Moral"

Anne Brorhilker und die 40-Milliarden-Steuerräuber

Handelsblatt
Crime

Frühere Cum-Ex-Chefermittlerin Anne Brorhilker: „Die Finanzbranche leistet sich einen unglaublichen Lobbyapparat“

Brigitte
SIE KÄMPFT FÜR FINANZGERECHTIGKEIT

"Ein Fünftel des Staatshaushalts geht uns durch Steuerkriminalität verloren"

Süddeutsche Zeitung
Bundesfinanzministerium

Belege sollen wieder länger aufbewahrt werden

Süddeutsche Zeitung
Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte

Klingbeil will gegen Steuerbetrug vorgehen

DIE ZEIT
Cum-Cum und Cum-Ex

Ex-Staatsanwältin Brorhilker: "Schreddergesetz" stoppen

radioeins rbb
Buchtipp

Cum/Ex, Milliarden und Moral

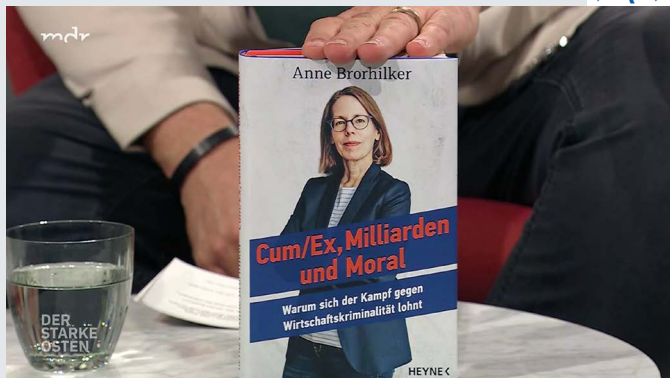
DW
Cum-Cum-Betrug: Der Steuerraub geht weiter

Deutschlandfunk
Finanzaufsicht

Neue EU-Behörde soll Geldwäsche eindämmen

Frankfurter Rundschau

Cum-Cum-Betrug: Ehemalige Ermittlerin nennt drei Wege, wie Steuergeld zurückkommen kann



NDR

"Die Affäre Cum-Ex": Serie über einen milliardenschweren Steuerskandal

Frankfurter Allgemeine
PROTEST DER „FINANZWENDE“

Klingbeil soll Steuermilliarden zurückholen

Von Marcus Jung, Christian Müllgens 07.05.2025, 15:34 Lesezeit: 3 Min.

Verbraucherschützer: Wartefrist vor Abschluss von Restschuldversicherung muss bleiben

Süddeutsche Zeitung

Die verschwiegene Risiken offener Immobilienfonds

BusinessPunk

Sparkassen: Die guten Banken? Ein Professor zerlegt den roten Mythos

Riester-Rente: Bundesgerichtshof kippt zentrale Klausel in Versicherungsverträgen



FOCUS online
Studie deckt auf Unfaire Klauseln, teure Tricks: Sparkassen benachteiligen Millionen Kunden

WirtschaftsWoche 100
VERBRAUCHERSCHUTZ

Wie die Finanzbranche für ein Comeback der Restschuldversicherung kämpft

INVESTMENT

Finanzwende kritisiert offene Immobilienfonds als „Sicherheitsillusion“

Offene Immobilienfonds sind nicht so sicher, wie Banken und Sparkassen Anleger glauben machen, kritisiert die Bürgerbewegung Finanzwende. Zudem sieht der Verein weitere Probleme.

EX-JUSO-CHEF

Kevin Kühnert wechselt zur Bürgerbewegung Finanzwende

Der frühere SPD-Generalsekretär übernimmt die Leitung der Abteilung Lobbyismus und Verteilung bei der NGO Bürgerbewegung Finanzwende. Kevin Kühnert hatte sich im Oktober 2024 aus der Politik zurückgezogen.

taz

Ökonom über Steuersystem

„Auch in der Mitte gibt es das Gefühl, es geht ungerecht zu“

Unser Finanzsystem nützt den Reichen. Von der Unzufriedenheit profitiere die AfD, sagt Gerhard Schick. Er fordert höhere Steuern für Firmenerben.

manager magazin

Steuernachlässe

Erbschaftsteuer auf Rekordwert – Kritik an Ausnahmen für Milliardäre



Markus LANZ

RHEINISCHE POST

Bislang Steuernachlässe in Milliardenhöhe

SPD begrüßt Spahns Überlegungen für Reform der Erbschaftsteuer

DIE ZEIT

Z+ Vermögensungleichheit

Elon Musks Milliarden gehen uns alle an

WELT

EX-SPD-GENERALSEKRETÄR

„Gegengewicht der Finanzlobby“ – Kevin Kühnert hat einen neuen Job

TAGESSPIEGEL

„Effektives Gegengewicht der Finanzlobby“ Ex-SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hat einen neuen Job

tagesschau

EXKLUSIV "Stiftung Familienunternehmen" Lobby für Superreiche?

ANTI-FINANZLOBBY

Neuer Job für Kevin Kühnert – das will die "Bürgerbewegung Finanzwende"

Frankfurter Rundschau

Bericht über Macht der Bankenlobby: Wie ein Milliarden-Gesetz zugunsten der Geldhäuser blockiert wurde

Finanzwende-Analyse zeichnet nach, wie die Lobbyarbeit deutscher Banken funktioniert: Über eine Milliarde Euro aus dem Restrukturierungsfond soll nun an die Banken statt an die Bürger fließen.

Surplus

Das sind die Lobbystrategien der Private-Equity-Branche

Table Briefings

Finanzmarktrisiko Klimakrise: Die Aufsichtsbehörden müssen endlich entschieden handeln

Einfluss von Lobbyisten

Es braucht klare Schranken

taz

FINANZBUSINESS

Gerhard Schick: Deutschbanker kriegten Millionen-Boni - selbst wenn sie versagen



zdf heute

Kritik von Finanzwende

Finanzlobby mit "Dauerberieselung" im Bundestag

Süddeutsche Zeitung

Bankenrettung

Klingbeils neue Großzügigkeit

Die deutschen Banken wollen zwei Milliarden Euro vom Staat zurück. Ex-Finanzminister Lindner wollte sie ihnen geben, durfte aber nicht. Jetzt versuchen es die Institute bei seinem Nachfolger Lars Klingbeil – mit Aussicht auf Erfolg.

FINANZBUSINESS

"Finanzwende": BaFin soll Greenwashing härter bekämpfen

NEUESTE NACHRICHTEN

Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe

„Eine große Klatsche für die VBL“: Karlsruher Versicherer zu mehr Transparenz verpflichtet

DER SPIEGEL

Techkonzerne greifen nach dem Geld

Surplus Wie Finanzinvestoren die Daseinsvorsorge zerstören

Ob Pflege, Wohnraum oder Landwirtschaft: Finanzinvestoren beuten die Daseinsvorsorge für ihren Profit aus.

Surplus Private Credit: Das nächste große Risiko im Schattenreich der Finanzmärkte

Frankfurter Rundschau

Schattenbanken und Blackrock & Co.: Einfluss nimmt stetig zu

Börsen-Zeitung

Finanzwende will Bankenabgabe-Milliarden für den Steuerzahler retten



Daniel Mittler und Magdalena Seim, Bürgerbewegung Finanzwende

energiezukunft

EU-Finanzregulierung

Weiterhin viel Fossiles in Grünen Fonds

DERSTANDARD

Fondsanbieter benennen grüne Produkte um, um weiter fossil investieren zu können

Frankfurter Allgemeine

ALTERNATIVSICHERUNG

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder vor Gericht

Frankfurter Rundschau

Digitaler Zahlungsverkehr: US-Konzerne gefährden europäische Souveränität

WAS UNTERSTÜTZER*INNEN ÜBER FINANZWENDE SAGEN



„Ich habe anlässlich meines 80. Geburtstags meine Gäste um Spenden für Finanzwende anstelle von Geschenken gebeten. In meinem Alter hat man ja alles und braucht nicht noch mehr Bücher. Ich käme auch gar nicht dazu, die alle zu lesen. Ich habe mich gefreut, dass stattdessen fast 2.000 Euro zusammengekommen sind. Die Aktion hat Spaß gemacht. Ich hatte neben der Spendenbox Faltblätter von Finanzwende ausgelegt. So konnte ich berichten, was der Verein macht und warum ich schon seit 2018 Fördermitglied bin. Mir ist wichtig, dass sich Finanzwende der mächtigen Finanzlobby entgegenstellt – und zwar wissenschaftlich fundiert.“

Reiner Fahlbusch



„Ich bin Fördermitglied geworden, weil mich Anne Brorhilters Wechsel zu Finanzwende beeindruckt hat. Die Finanzlobby ist gut organisiert und Finanzwende ist das zivilgesellschaftliche Gegengewicht, das ich mir schon lange gewünscht habe: CumEx aufklären, Erbschaftsteuer auf die Agenda bringen, dafür sorgen, dass Finanzbetrug auch wirklich verfolgt wird. Dafür gebe ich gerne 100 Euro im Monat.“

Lydia Vogt



„Ich verfolge und unterstütze die Arbeit von Finanzwende, weil ich das Ziel der Steuergerechtigkeit zutiefst teile. CumEx-Gelder gehören zurückgeholt und die Möglichkeiten der Steuerumgehung für große Vermögen eingedämmt. Dem Staatshaushalt fehlt Geld. Das Aufschieben dringender Maßnahmen aus Kostengründen, treibt unser aller Kosten weiter in die Höhe.“

Katja Schwertzel



„Wer viel Vermögen hat, investiert seit Jahrzehnten in die Vertretung seiner Interessen und verfügt über einflussreiche Lobbys. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es deutlich weniger Möglichkeiten, ihre Anliegen wirksam zu unterstützen. Mit Finanzwende kann ich genau das tun – deshalb ist mein Förderbeitrag für mich eine Investition in eine faire und ausgewogene Demokratie.“

Tobias Lindner

„Ich habe mich entschieden, Finanzwende in meinem Testament zu bedenken, weil ich es wichtig finde, dass sich der Verein der Macht und Einflussnahme der Finanzinvestoren entgegenstellt. Ich komme aus dem Gartenbau und weiß, wie konsequent und erfolgreich die Agrarlobby ihre eigenen Interessen durchsetzt. Einer mächtigen Lobby Paroli zu bieten – das ist ein langwieriger Kampf, für den es viele kleine Schritte braucht. Das möchte ich mit einem Teil meines Erbes unterstützen. Zudem ist Finanzwende für mich ein Beispiel echter Zivilcourage. Finanzwende labert nicht. Sie spricht Klartext, ist hochprofessionell, effektiv, kämpferisch, ohne aggressiv zu sein und schreibt wunderschöne, informative Newsletter. Ich vertraue auf diese großartige Arbeit.“

Erdmuthe Weißer



„Es klappt nicht nur die Schere zwischen Armen und Reichen immer weiter, sondern unter den Reichen nutzen einige kriminelle Tricks, um noch reicher zu werden. Ich bin froh, dass es die „Finanzwende“ gibt, die daran etwas ändern möchte, für die Zukunft unserer Kinder und Familien, für unsere Gesellschaft und Demokratie.“

Ludwig Spätling



„Ich habe in einem Spiegel-Artikel gelesen, dass Gerhard Schick für Finanzwende sein Bundestagsmandat niedergelegt hat. Das fand ich schon einen krassen Move und sein Ziel hat mir aus der Seele gesprochen. Ich finde es enorm wichtig, dass Finanzwende der Politik unabhängige finanzpolitische Informationen liefert. Wir erleben ja, wie klamm die Kassen der Kommunen sind. In manchen Bereichen fehlt das Geld, während es woanders unkontrolliert ausgegeben oder sogar auf Steuern verzichtet wird. Deshalb braucht es ein Gegengewicht, das die Interessen der Bürger*innen vertritt. Ich bin selbstständiger IT-Berater. Wenn ein Geschäftsjahr gut gelaufen ist, spende ich auch mal vierstellige Summen an Finanzwende. Ich finde, das ist gut investiertes Geld. Wenn Finanzwende politisch Druck machen kann, kommt am Ende für uns alle deutlich mehr heraus.“

Martin Theisen



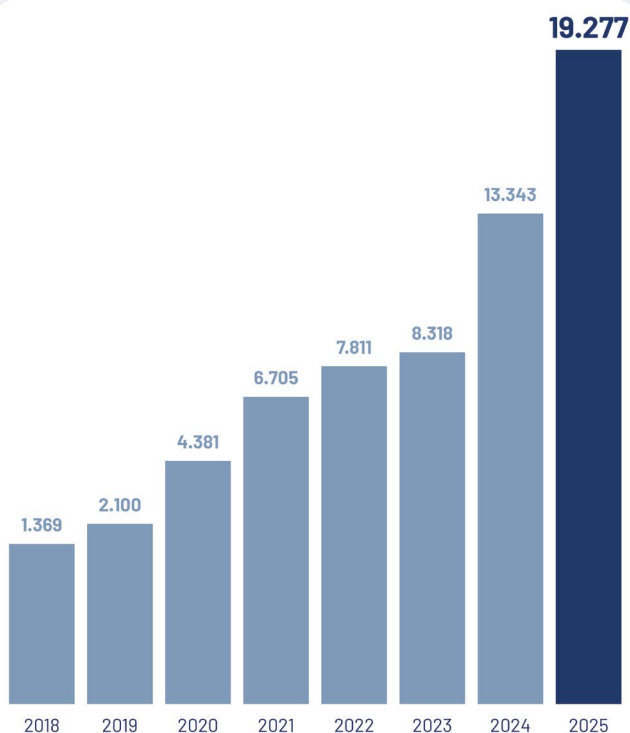
„Bei den jetzigen Verhältnissen, wo jeder über Kürzungen im Sozialbereich klagt, ist es besonders wichtig, dass Steuerbetrug aufgedeckt wird. In meinem persönlichen Umfeld versuche ich Menschen zu bewegen, auch Mitglied bei Finanzwende zu werden.“

Georg Nicolay



DIE BEWEGUNG WÄCHST: REKORDZAHLEN BEI FÖRDERMIT- GLIEDSCHAFTEN

2025 markiert einen besonderen Meilenstein: Noch nie ist die Zahl unserer Fördermitglieder innerhalb eines Jahres so stark gewachsen. Damit unterstützen zum Ende des Jahres 19.277 Fördermitglieder unsere Arbeit. Hinter dieser Entwicklung stehen tausende bewusste Entscheidungen von Menschen, die gerade in bewegten Zeiten Verantwortung übernehmen und an langfristige Veränderung glauben. Der außergewöhnliche Zuwachs zeigt: Immer mehr Menschen wollen einen Finanzmarkt, der den Menschen dient und entscheiden sich dafür, diesen Wandel mitzutragen. Die Entwicklung unserer Fördermitgliedschaften ist deshalb weit mehr als eine Zahl. Sie macht sichtbar, dass aus Überzeugung eine Bewegung wird.



FINANZEN: EINNAHMEN UND AUSGABEN IM JAHR 2025

Wir freuen uns, dass der Verein Bürgerbewegung Finanzwende e. V. im Geschäftsjahr 2025 Einnahmen in Höhe von 3.680.543 Euro verzeichnen konnte. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg um 74 Prozent. 87 Prozent dieser Summe kamen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

239.209€

Sonstige Einnahmen

237.158€

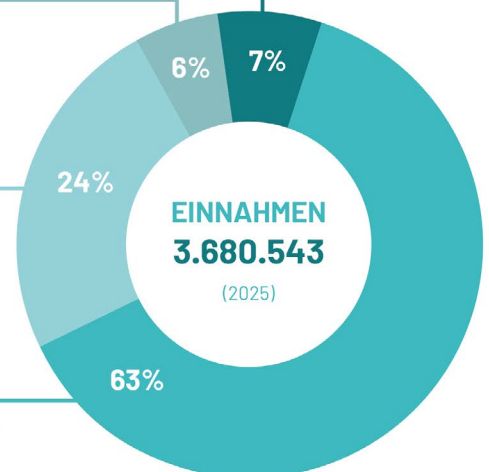
Zuwendungen

894.849€

Spenden

2.309.327€

Mitgliedsbeiträge



366.066€

Verwaltung

447.821€

Öffentlichkeitsarbeit

122.243€

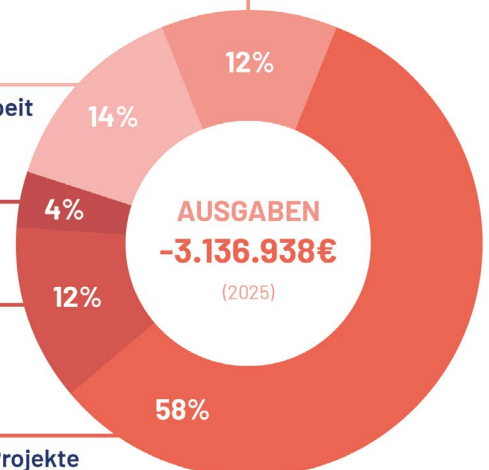
Vereinsarbeit

372.024€

Fundraising

1.828.784€

Kampagnen und Projekte



Gemeinsam stark: Woher unsere Unterstützung kommt

Der Verein bekommt **Mitgliedsbeiträge**. Im Jahr 2025 waren das 2.309.327 Euro. Dazu kamen steuerlich nicht abziehbare **Spenden** in Höhe von 894.849 Euro, **Zuwendungen** aus Förderungen in Höhe von 237.158 Euro und **sonstige Einnahmen** in Höhe von 239.209 Euro. Gemäß einem Beschluss des Aufsichtsrats fließen Spenden grundsätzlich erst im Folgejahr in den Haushalt ein. Im Kalenderjahr 2025 wurden zusätzlich insgesamt 1.498.000 Euro Spenden gesammelt, die dementsprechend für das Haushaltsjahr 2026 zur Verfügung stehen.

Die (steuerlich nicht abziehbaren) **Spenden** erhalten wir zum Teil von unseren Fördermitgliedern über Ihren normalen Beitrag hinaus, aber auch von Dritten, die keine Mitglieder im Verein sind. Im Jahr 2025 haben wir acht Spenden über 20.000 Euro von Einzelpersonen erhalten. Diese kamen von Susanne Wagner (100.000 Euro), Bettina Bock (55.000 Euro), Ulrich Dreiskämper (50.000 Euro, Testamentsspende), Jürgen Kroll (50.000 Euro), Dr. Winfried Barkhausen (50.000 Euro), Matthias Möller (35.000 Euro), Peter Ackermann (24.000 Euro) und Gerhard Müller (24.000 Euro). Außerdem hat der Verein 2025 von acht Personen Spenden zwischen 10.001 und 20.000 Euro erhalten und von 16 Personen Spenden zwischen 5.001 und 10.000 Euro. *(Wir veröffentlichen Spenden über 20.000 Euro mit Namen der Spenderin oder des Spenders.)*

Die **Zuwendungen** aus Förderverträgen in Höhe von 237.158 Euro setzen sich wie folgt zusammen: 153.926 Euro kamen von der KR Foundation, 35.000 Euro von der European Climate Foundation, 41.000 Euro von Campact und 7.232 Euro von Sonstigen.

Die **sonstigen Einnahmen** stammen zum größten Teil (52,2 Prozent) von Einnahmen aus der Veröffentlichung des Buches „Cum/Ex, Milliarden und Moral“ von Anne Brorhilker. Darüber hinaus stammen sie aus Leistungen, die wir für unsere Tochtergesellschaft, Finanzwende Recherche gGmbH, erbringen. Weiterhin werden hier die Einnahmen aus Erstattung der Krankenkassen aus dem Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG), Einnahmen aus Vorträgen und journalistischen Beiträgen der Mitarbeiter*innen und Zinseinnahmen zusammengefasst.

Der **Gesamtbetrag** unserer Einnahmen für das Haushaltsjahr 2025 beträgt somit 3.680.543 Euro.

Jeder Euro zählt: Unsere Ausgaben im Überblick

Im Jahr 2025 hat Finanzwende für **Kampagnen und Projekte** 1.828.784 Euro, für dazugehörige **Öffentlichkeitsarbeit** weitere 447.821 Euro, für **Vereinsarbeit** 122.243 Euro, für **Fundraising** 372.024 Euro und für **Verwaltung** 366.066 Euro ausgegeben.

Die Kostenposten umfassen jeweils Personal- und Sachkosten. Die **Personalkosten** sind dabei die größte Position und betrugen im letzten Jahr insgesamt 2.152.808 Euro. Wir stellen, wenn es nicht konkrete Projektförderungen gibt, unbefristet ein und zahlen gute Gehälter. Alle Gehälter sind in eine Finanzwende-Gehaltsstruktur eingepasst, die in grober (und unverbindlicher) Anlehnung an die Entgeltgruppen im Öffentlichen Dienst gestaltet wurde. Finanzwende hat seit 2022 einen Betriebsrat.

Mit **Kosten der Vereinsarbeit** ist jegliche Gremienarbeit gemeint, also auch hier Personal- und Sachkosten, die zur Betreuung von Mitgliedern aufgewendet werden, zum Beispiel zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Mitgliederversammlungen oder Aufsichtsratssitzungen. Dazu kommen unter anderem der Aufwand zur Weiterentwicklung der Regularien (zum Beispiel Satzungsänderungen und deren Abstimmung mit Ämtern) und die Pflege von Registereinträgen (zum Beispiel Lobby- und Transparenzregister). Diese Beispiele sind keine vollständige Aufzählung.

Die **Gesamtkosten** in Höhe von 3.136.938 Euro setzen sich also zusammen aus Personalkosten in Höhe von 2.152.808 Euro und Sachkosten sowie Steuern in Höhe von 984.130 Euro.

Durch **Sondereffekte** wie die Veröffentlichung des Buches „Cum/Ex, Milliarden und Moral“ oder den überproportionalen Zuwachs bei Mitgliedsbeiträgen im vierten Quartal gab es hohe Einnahmen zum Jahresende, die nicht mehr im selben Jahr sinnvoll verwendet werden konnten. Wir konnten nach Abschluss des Jahres 2025 deshalb eine **Rücklage** für Folgejahre in Höhe von 543.605 Euro bilden. Das hält uns finanziell den Rücken frei. Die Rücklage gibt uns die nötige Sicherheit, um unsere Arbeit langfristig zu stabilisieren und anstehende Aufgaben anzugehen.

WIR BLEIBEN AUCH 2026 DRAN UND MACHEN WEITER DRUCK!

Und zwar nicht nur bei den Themen, die wir auf den vorigen Seiten vorgestellt haben. Ein kurzer Ausblick darauf, womit sich Finanzwende 2026 zusätzlich beschäftigen wird:



Kevin Kühnert leitet Bereich Steuern, Verteilung Lobbyismus

Wir werden noch schlagkräftiger: Seit Ende 2025 arbeitet Kevin Kühnert als Bereichsleiter für Finanzwende. Damit wachsen wir als überparteiliche Bürgerbewegung weiter. Mit Kevin Kühnert übernimmt ein erfahrener politischer Kopf die Leitung des Bereichs Steuern, Verteilung und Lobbyismus.

Wo finanzielle Mittel ungleich verteilt sind, verschiebt sich politische Macht. Das hat Folgen für die Demokratie, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Fähigkeit, Krisen zu bewältigen.

Wir arbeiten daran, diese Dynamik sichtbar zu machen und überparteilich sowie konstruktiv Lösungen zu erstreiten. Im Mai 2026 konnte Finanzwende unter der Leitung von Kevin Kühnert einen ersten Kurzfilm veröffentlichen, in dem Gesellschafter*innen aus dem Umfeld der Stiftung Familienunternehmen und Politik erstmals – und anonym – Einblick gewähren. Sie berichten, wie die Organisation arbeitet, welches Image sie nutzt und warum selbst Menschen aus reichen Unternehmerfamilien diese Form der Einflussnahme kritisch sehen. Schon mehr als 175.000-mal wurde dieser aufklärerische Film unter dem Titel „Mythos Familienunternehmen“ angesehen.

Unabhängigkeit von Trump und Co.? Unbezahlbar!

Mit Karte oder Handy zu bezahlen, gehört mittlerweile fest zu unserem Alltag. Möglich machen das oft Visa, Mastercard und PayPal – allesamt US-amerikanische Unternehmen. Echte europäische Alternativen fehlen bisher.

Das ist gefährlich: Denn mit diesen nicht-europäischen Zahlungsdienstleistern macht sich die EU extrem abhängig. Das schränkt unsere Handlungsfähigkeit ein und macht uns erpressbar. Der Zahlungsverkehr gehört zur kritischen Infrastruktur. Wir Europäer*innen müssen die Kontrolle über unser Geld und unsere Bezahlwege behalten.

2026 wollen wir die öffentliche Debatte anstoßen und fordern von der Bundesregierung und dem Europaparlament, dieses Problem zu lösen. Europa muss beim Bezahlen unabhängig werden. Wir brauchen alternative europaweite Zahlungssysteme.



Riester-Reform

Die Bundesregierung kündigte 2025 an, die Riester-Rente zu reformieren – wieder einmal. Dass die bisherigen Angebote zur staatlich geförderten privaten Altersvorsorge kompliziert, teuer und renditeschwach sind, ist kein Geheimnis mehr. Das schlägt sich seit Jahren in sinkenden Zahlen derjenigen Bürger*innen nieder, die überhaupt noch mitmachen wollen. Das Vertrauen ist verspielt.

Im Frühling 2026 kam dann die Überraschung: Bei der neu beschlossenen Riester-Reform handelten die Fraktionen von Union und SPD im Bundestag teilweise im Sinne der Verbraucher*innen. Das ist auch ein Erfolg für Finanzwende. Neben privaten Angeboten soll es künftig endlich auch eine öffentlich organisierte Lösung geben. Für Sparer*innen kann das eine echte Verbesserung bedeuten. Seit vielen Jahren setzen wir uns für ein einfaches, kostengünstiges und staatlich organisiertes Standardprodukt ein.

Das neue Gesetz ist ein großer Schritt nach vorn. Es zeigt: Hartnäckiger Druck aus der Zivilgesellschaft wirkt. Doch entscheidend ist jetzt die Umsetzung. Nur wenn das Standardprodukt wirklich kostengünstig und einfach zugänglich wird, kann aus dem Beschluss im Bundestag ein echter Erfolg für Verbraucher*innen werden. Genau das haben wir 2026 im Blick und setzen uns weiter für mehr Verbraucherschutz ein!



VIELEN DANK FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!

Finanzwende baut eine schlagkräftige Bürgerbewegung auf. Unser Rückgrat sind dabei alle Menschen, die unsere Ziele unterstützen: Petitionen unterzeichnen und verbreiten, ihre Expertise mit uns teilen oder Finanzwende durch einen finanziellen Beitrag ermöglichen.

Unsere Spender*innen und Fördermitglieder legen dabei das Fundament für unsere Unabhängigkeit. Ende des Jahres 2025 unterstützten uns bereits 19.277 Fördermitglieder. Ihr finanzieller Beitrag gibt uns Planungssicherheit und die Möglichkeit, schnell auf aktuelle Themen und Schieflagen am Finanzmarkt zu reagieren – sei es mit Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit oder Studien und Recherchen, die Missstände aufdecken und Veränderung einfordern. Ihnen allen verdanken wir die Erfolge der Bürgerbewegung Finanzwende, die seit ihrer Gründung im Herbst 2018 einen steten Zuwachs von engagierten Menschen verzeichnen kann.

**Für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung
danken wir herzlich!**



IMPRESSUM

Herausgeberin

Bürgerbewegung Finanzwende e. V.
Motzstraße 32
10777 Berlin
Gläubiger ID: DE59ZZZ00002143189
Amtsgericht Berlin/Charlottenburg
VR 36803 B
www.finanzwende.de

Vertretungsberechtigter Vorstand

Anne Brorhilker
Sascha Müller
Daniel Mittler
Dr. Gerhard Schick

Kontakt

Allgemeine Anfragen: info@finanzwende.de
Presse & Medien: presse@finanzwende.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.)

Daniel Mittler

Redaktionsschluss

20. Juli 2026
Alle Inhalte entsprechen dem Stand dieses Datums.

Druck

Gedruckt auf Papier mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ (100 % Recyclingpapier).

© 2026 Bürgerbewegung Finanzwende e. V.

FINANZWENDE UNTERSTÜTZEN

Spendenkonto

Empfänger: Bürgerbewegung Finanzwende e. V.

IBAN: DE03 4306 0967 1226 5452 00

BIC: GENODEM1GLS

INFORMIERT BLEIBEN



finanzwende.de



[instagram.com/finanzwende](https://www.instagram.com/finanzwende)



[linkedin.com/company/finanzwende](https://www.linkedin.com/company/finanzwende)



bsky.app/profile/finanzwende.de



[youtube.com/BürgerbewegungFinanzwende](https://www.youtube.com/BürgerbewegungFinanzwende)